

Koexistenz

Freisetzung von gv-Weizen in Deutschland

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat Anfang Dezember die Freisetzung von transgenem Weizen zu Forschungszwecken genehmigt. Dabei handelt es sich um Winterweizen, der durch eingebaute Gene von Ackerbohne und Gerste einen erhöhten Proteingehalt und einen gesteigerten Kornertrag aufweisen soll. Antragsteller war das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) aus Gatersleben. Damit können bis Ende August 2014 auf einer Versuchsfläche von 10.000qm in der Nähe des sachsenanhaltinischen Dorfes Üplingen (bei Ausleben) Freilandversuche mit dem transgenen Weizen unternommen werden. Nach Verkündung der Entscheidung bemängelten Gentechnikkritiker die in ihren Augen unzureichende Risikobewertung für die Gesundheit von Mensch und Tier durch den gv-Weizen. Auch vor möglichen Auskreuzungen mit konventionellen Weizenpflanzen wird gewarnt. Diese Bedenken haben IPK und BVL jedoch zurückgewiesen. Für Frühjahr 2013 wird auch mit einer Entscheidung des BVL zum Freisetzungsantrag für zwei gv-Kartoffeln („Modena“ und „Fortuna“) gerechnet. (Quelle: <http://umweltinstitut.org/gentechnik/freisetzungsversuche/hintergrunde-gen-weizen-1036.html>)

Mexiko: Entscheidung über Freisetzung von gv-Mais verschoben

Im November wurde bekannt, dass die Agrokonzerne Monsanto, DuPont und Dow in Mexiko auf einer riesigen Fläche von ca. 2,5 Millionen Hektar Land gentechnisch veränderten Mais freisetzen wollen. Das entspricht etwa der Größe von El Salvador. Die umstrittenen Pläne haben daraufhin in Mexiko- dem Mutterland des Mais- heftige Proteste von Umweltinitiativen, Bauernverbänden sowie Wissenschaftlern hervorgerufen. Sie warnen eindringlich vor den Folgen der Freisetzung, zu denen sie genetische Verunreinigungen der biologischen Mais-Vielfalt sowie Verdrängung von Kleinbauern und Zerstörung ihrer Existenzen zählen. Das Schlagwort vom „Mais- Massaker“ (ETC Group) ist hierfür sinnbildlich geworden. Auch wenn die Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto, der die Amtsgeschäfte im Dezember von Felipe Calderón übernommen hat, die Entscheidung über den Freisetzungsantrag auf nächstes Jahr verschoben hat, bleiben die Gegner der Pläne in Alarmbereitschaft. Seit Mitte November veranstalten sie Workshops sowie öffentliche Treffen, und wenden sich mit Petitionen, Protestschreiben und offenen Briefen an die Öffentlichkeit sowie an die Regierung, um auf die Gefahren der geplanten GVO-Freisetzung für das Land, seine Umwelt und seine Bewohner aufmerksam zu machen. (Quellen: http://db.zs-intern.de/uploads/1353333448-2012_11_15_ETCgroup_Mais_Mexiko.pdf und www.gmwatch.org/index.php?option=com_content&view=article&id=14516:rowing-maize-disaster-in-mexico)

Illegaler gv-Mais in der EU?

Nach Angaben von *Testbiotech* könnte seit einigen Jahren bereits gentechnisch veränderter Mais in den EU-Raum importiert worden sein, ohne dass er dort zugelassen ist. Der Verdacht, über den das Institut auch den neuen EU-Gesundheitskommissar Borg unterrichtet hat, richtet sich konkret gegen die transgene Maissorte SmartStax von Monsanto und Dow AgroSciences. SmartStax, der gegen zwei Unkrautvernichtungsmittel resistent ist und seinerseits wiederum sechs verschiedene Insektengifte produziert, wird seit 2009 in den USA großflächig angebaut. Seit dieser Zeit hat nach Angaben des Instituts auch der Mais-Import aus den Vereinigten Staaten in die EU deutlich zugenommen. Laut *Testbiotech* gibt es in den USA aber weder effiziente Kontrollen noch offizielle Register, die den landesweiten Anbau von gentechnisch verändertem Mais erfassen. Auch wirksame unabhängige Kontrollen seien kaum möglich, da der gv-Mais, der eine Kombination aus verschiedenen gentechnisch veränderten Mais-Varianten ist, nur schwer identifiziert werden kann. *Testbiotech* befürchtet aus diesem Grund, dass bereits ein erheblicher Teil des gv-Maises auf den EU-Markt gelangt ist, was, sofern sich dies bewahrheiten sollte, gegen geltendes EU-Recht verstoßen würde. Das Institut fordert daher nicht nur wirksame Maßnahmen gegen Importe in die

EU, sondern auch eine neue und umfassende Risikobewertung von SmartStax. (Quelle: www.testbiotech.de/sites/default/files/Hintergrund_TBT_%20Importe_SmartStax.pdf)

Recht/Haftung/Versicherung/Patente

Salat-Patentierung bevorstehend

Das Europäische Patentamt plant die Patentierung eines konventionell gezüchteten Salats. Das belegen Recherchen des Bündnisses *no patents on seeds*. Der betreffende Salat soll bei der Ernte oder beim Abschneiden seiner Blätter eine geringere Verfärbung aufweisen und damit länger frisch aussehen. Sollte das von der niederländischen Firma Rijk Zwaan Zaadteelt 2007 beantragte Patent erteilt werden, würde das EPA gegen geltendes Patentrecht verstoßen, hatte es doch im Dezember 2010 festgestellt, dass konventionelle Zuchtverfahren nicht patentiert werden können. Wie *patents on seeds* mitteilt, soll das Verbot jedoch umgangen werden, indem das Patent auf den Salat selbst und nicht auf das Züchtungsverfahren vergeben werden soll.

(Quelle: www.bund-naturschutz.de/uploads/media/PM-107-12-Anlage-2-Patent_auf_Salat_ohne_faulige_Stellen-Demo-Gentechnik.pdf)

Widerstand/Aktionen

Aktionsbündnis lanciert Kampagne für ein gentechnikfreies Baden-Württemberg

Vor dem Hintergrund der für 2013 anstehenden Entscheidungen über die EU-weiten Zulassungen von GVO, hat das Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Landwirtschaft Baden-Württemberg“, zu dem zahlreiche Umwelt-, Naturschutz- und Anbauverbände gehören, Mitte Dezember seine Kampagne für ein gentechnikfreies Baden-Württemberg gestartet. Das Bündnis fordert die Landesregierung auf, seinen Bekenntnissen zur Gentechnikfreiheit und zum anvisierten Beitritt zum Bündnis gentechnikfreier Regionen Folge zu leisten und für Rechtssicherheit der gentechnikfreien Landwirtschaft in dem Bundesland zu sorgen. Hierfür hat es ein Gutachten vorgelegt, welches der Landesregierung Möglichkeiten aufzeigt, wie sie den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in einem rechtlichen Rahmen weitgehend verhindern und die Landwirtschaft vor Verunreinigungen mit GVO schützen kann. Nähere Infos: www.bund-bawue.de/aktiv_werden/aktionen/dagegen/